

Oberhauswahl in Japan: Regieren wird schwieriger für Kabinett Abe

Patrick Köllner

Die Regierungskoalition in Japan hat bei der Oberhauswahl am 29. Juli 2007 ihre Mehrheit in der zweiten Kammer des Parlaments eingebüßt. Der Seniorpartner in der Koalition, die Liberaldemokratische Partei (LDP), erzielte das schlechteste Oberhauswahlergebnis ihrer über fünfzigjährigen Parteigeschichte.

Analyse:

Der Mandatsverlust der Regierungskoalition fiel deutlich höher aus, als dies noch vor wenigen Monaten zu erwarten war. Die deutliche Wahlniederlage der Regierung von Premierminister Shinzō Abe ist zu großen Teilen selbst verschuldet. Das Regieren wird nun schwieriger für das von Abe geführte Kabinett.

- Japans Wähler strafte bei der Oberhauswahl die Regierung für eine Reihe von Skandalen, allen voran das Debakel um verloren gegangene Aufzeichnungen von Rentenbeitragszahlungen, ab.
- Die Themen Verfassungsänderung und Patriotismus im Erziehungswesen, die bisher von Premier Abe betont wurden, verfielen bei vielen Japanern nicht.
- Die generell positive Entwicklung der Wirtschaft erfasst nicht periphere Regionen Japans. In ländlichen Wahlkreisen, den traditionellen Hochburgen der LDP, geht die Unterstützung für Japans dominante Partei zurück.
- Die Entwicklung hin zu einem Zweiparteiensystem in Japan schreitet voran. Die Hoffnungen der Demokratischen Partei Japans (DPJ) auf eine Übernahme der Regierung sind nach der Oberhauswahl gestiegen. Die angeschlagene Gesundheit des Parteiführers Ozawa belastet indes Japans größte Oppositionspartei.
- Trotz Zweidrittelmehrheit im Unterhaus wird das Regieren nach der Oberhauswahlschlappe schwieriger für den angeschlagenen Premier Abe. Die Wirtschaft Japans dürfte hiervon weitgehend unberührt bleiben.

Key words: Japan, Oberhauswahl, Liberaldemokratische Partei, Demokratische Partei

1. Das Ergebnis der Oberhauswahl im Überblick

Am 29. Juli 2007 fand in Japan turnusgemäß eine Teilwahl zum Oberhaus, der zweiten Kammer des japanischen Parlaments, statt. Wie alle drei Jahre wurde die Hälfte der Oberhausabgeordneten neu bestimmt, ihre Mandatszeit beträgt sechs Jahre. Dementsprechend ging es bei der jüngsten Teilwahl für die politischen Parteien darum, diejenigen Sitze zu verteidigen oder aber zu erweitern, die bei der Oberhauswahl 2001 errungen worden waren. Die Oberhauswahl 2001 hatte auf dem ersten Höhepunkt der Popularität des damals frisch ins Amt gekommenen Premierministers Jun'ichirō Koizumi stattgefunden und zu einem großen Erfolg der LDP geführt. Diese regiert seit 1999 zusammen mit dem deutlich kleineren Koalitionspartner, der neobuddhistischen Neuen Kōmeitō. Nach über fünfjähriger erfolgreicher Regierungsarbeit war Koizumi im September 2006 aus den Ämtern des Premierministers und des LDP-Präsidenten ausgeschieden. Sein Nachfolger wurde der erst 52-jährige vormalige Chefkabinettssekretär Shinzō Abe. Dieser war vor allem durch seine scharfen Töne gegenüber Nordkorea bekannt und populär geworden. Während seiner Amtszeit als LDP-Generalsekretär, in die das nur mäßige Abschneiden der LDP bei der Oberhauswahl 2004 fiel, hatte er sich allerdings keine großen Meriten erworben. Auch verfügt er offenkundig nicht über das Mediengeschick, das Koizumi auszeichnete. Trotz anfänglich hoher Zustimmungswerte für die Regierung Abe gingen die meisten Beobachter der japanischen Politik nicht davon aus, dass die LDP-geführte Regierung das sehr gute Oberhaus-Wahlergebnis von 2001 würde wiederholen können. Verluste bei der Oberhauswahl 2007 wurden auch bei der LDP eingeplant, die Mehrheit der Regierungskoalition in der zweiten Kammer des Parlament sollte indes in jedem Fall verteidigt werden.

Die Oberhauswahl 2007 wurde zu einem Fiasco für die Koalition. Die LDP konnte nur 37 der insgesamt 121 zur Wahl stehenden Sitze erringen (-27 Sitze) und verbuchte damit ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Oberhauswahl seit Parteigründung 1955. Auch die Neue Kōmeitō (NKT), ansonsten für effektive Stimmenmobilisierung unter ihren Anhängern bekannt, verfehlte ihr Wahlziel und kam auf nur neun Sitze (-3 Sitze). Demgegenüber konnte Japans größte Oppositionspartei, die

DPJ, deutlich zulegen; sie gewann 28 Sitze hinzu und erzielte mit 60 gewonnenen Sitzen ihr bestes Ergebnis bei einer Oberhauswahl. Zusammen mit ihren Sitzen, die bei der Wahl nicht verteidigt werden mussten, verfügen die Demokraten nun über 109 Sitze im Oberhaus und lösten damit die LDP als größte Fraktion ab. Die Regierungskoalition verlor ihre eigene Mehrheit in der zweiten Kammer des Parlaments, die nun bei den Oppositionsparteien liegt. Zu diesen gehören auch die Kommunistische Partei Japans (KPJ), die bei der Wahl Ende Juli lediglich drei Sitze erringen konnte (-2), die Sozialdemokratische Partei (SDP), die zwei Sitze gewann (-1), sowie die Neue Volkspartei (NVP) und die Neue Partei Japan (NPJ), die über insgesamt vier Sitze in der zweiten Kammer und einen Sitz im Oberhaus verfügen. Formal oder tatsächlich unabhängige Kandidaten gewannen bei der Wahl im Juli sieben Sitze (vgl. Tabelle 1).

Von den 121 Sitzen, die im Juli zur Wahl standen, wurden 48 im Rahmen der Verhältniswahl mit offenen Parteilisten und 73 nach dem System der nichtübertragbaren Einzelstimmgebung (SNTV) in 47 regionalen Wahlkreisen bestimmt.¹ Die Zahl der Mandatsträger, die in den einzelnen regionalen Wahlkreisen festgelegt werden, hängt von der Bevölkerungsgröße der jeweiligen Präfektur ab. So ging es im Juli um 29 Sitze aus Einpersonenwahlkreisen in bevölkerungsschwachen Präfekturen, 12 x 2 Sitze und 5 x 3 Sitze aus mittelgroßen Präfekturen und schließlich fünf Sitze aus dem bevölkerungsreichsten Wahlkreis Tokyo.

Wie bereits bei der letzten Oberhauswahl 2004 konnte die oppositionelle DPJ die meisten Stimmen im nationalen Verhältniswahlkreis (23,3 Millionen Stimmen = 39,5 %) und somit 20 der insgesamt 48 dort vergebenen Sitze erringen. Die LDP kam nur auf 16,5 Millionen Stimmen (28,1 %) und damit 14 Sitze aus dem Verhältniswahlkreis. War

¹ Japans Wähler verfügen bei Oberhauswahlen über zwei Stimmen, von denen sie seit 2001 eine für eine Partei oder aber einen bestimmten Kandidaten einer Partei abgeben, die zweite für einen Kandidaten in ihrer jeweiligen Präfektur (= regionale Verwaltungseinheit). Die Verteilung der Sitze, die im nationalen Verhältniswahlkreis bestimmt werden, ergibt sich aus dem Stimmenanteil der einzelnen Parteien, wobei die konkrete Stimmenverrechnung nach dem auch in Deutschland bekannten d'Hondt-Verfahren erfolgt. Welche Kandidaten einer Partei im Rahmen der im Verhältniswahlkreis gewonnenen Sitze ins Oberhaus einziehen, ergibt sich aus der absoluten Zahl der Stimmen, die auf die einzelnen Kandidaten entfallen (offene Listenwahl).

Tabelle 1: Das Ergebnis der Oberhauswahl 2007

	LDP	DPJ	NKT	KPJ	SDP	NVP	NPJ	Unabhängige
Gewonnene Sitze	37	60	9	3	2	2	1	7
Nicht zur Wahl stehende Sitze	46	49	11	4	3	2	0	6
Neue Gesamtstärke	83	109	20	7	5	4	1	13
Alte Gesamtstärke	110	81	23	9	6	4	0	7
Veränderung	-27	+28	-3	-2	-1	+/-0	+1	+6

Quelle: Nihon keizai shinbun, 31.7.2007: 2.

es der LDP aber noch 2004 gelungen, genügend Sitze in regionalen Wahlkreisen zu gewinnen, um eine Mehrheit der Regierung im Oberhaus zu sichern, sah es diesmal anders aus. Insgesamt konnte die LDP im Juli nur 23 der 73 aus regionalen Wahlkreisen stammenden Mandate gewinnen. Nur sechs der 29 hart umkämpften Mandate aus Einpersonwahlkreisen gingen an die LDP, die DPJ konnte hier 17 Mandate gewinnen, die verbleibenden sechs gingen zumeist an unabhängige Kandidaten.² Dieses Ergebnis ist insofern bemerkenswert, als die bevölkerungsschwachen, tendenziell ländlich geprägten Präfekturen bisher zu den Hochburgen der LDP zählten. Die Daumenregel, wonach die DPJ vor allem in städtischen Wahlkreisen erfolgreich ist, die LDP dagegen vor allem in ländlichen, wurde bei der Oberhauswahl 2007 nicht bestätigt. Die Wahlniederlage der LDP wäre sogar noch härter ausgefallen, wenn die Partei nicht in elf der zwölf Zweierwahlkreise ein Mandat gewonnen hätte. Selbst im Fünferwahlkreis Tokyo gelang es der LDP lediglich, einen Kandidaten durchzubringen (Asahi shinbun, 31.7.2007: 6, 7; Daily Yomiuri Online, 30.7.2007; Japan Times, 31.7.2007: 3).

Das Ergebnis der Oberhauswahl 2007 zeigt ebenfalls, dass die Entwicklung in Richtung eines effektiven Zweiparteiensystems in Japan voranschreitet. In Bezug auf die erste Kammer des Parlaments, das Unterhaus, wurde dieser Prozess durch die Einführung eines mehrheitsorientierten Mischwahlsystems 1994 gefördert (vgl. Reed 2005; Köllner 2006: 178-182). Doch auch mit Blick auf das Oberhaus ist trotz anders gelagerten Wahlsystems eine entsprechende Tendenz unübersehbar.

So gingen bei der jüngsten Oberhauswahl 97 der 121 zur Wahl stehenden Sitze an DPJ und LDP. Daneben gelingt es allein der Neuen Kōmeitō, die über eine stabile Basis mobilisierungsfähiger und -williger Anhängern verfügt,³ dem Schicksal zu entgehen, zu einer Splitterpartei zu verkümmern. Selbst die KPJ, inzwischen noch vor der einstmaligen größten Oppositionspartei, der SDP, viertgrößte Partei Japans, ist zurzeit nur noch mit sieben Abgeordneten im 242-köpfigen Oberhaus und mit neun Abgeordneten im 480-köpfigen Unterhaus vertreten. De facto bietet die Verhältniswahl-Komponente, die bei sowohl Ober- als auch Unterhauswahlen in Japan zum Einsatz kommt, kleineren Parteien eine Überlebensgarantie, doch ob diese kleineren Parteien Einfluss aus das politische Geschehen ausüben können, hängt im Wesentlichen von der Kräftearithmetik im Parlament und dem Nutzen ab, den sich die beiden großen Parteien von formalen und informellen Allianzen mit kleineren Partnern versprechen.

2. Erklärungsansätze für den Ausgang der Oberhauswahl

Die letzte der Oberhauswahl vorangegangene nationale Wahl in Japan, die Unterhauswahl 2005, war maßgeblich vom damaligen Premier Koizumi bestimmt worden. Dieser hatte die Wahl durch geschicktes „Issue Framing“ in eine Art nationales Referendum über die von ihm geplante Privatisierung der japanischen Post verwandelt. Vor dem Hintergrund einer parteiinternen Rebellion gegen die Postprivatisierung hatte Koizumi die Wahl zu

² Bei der Oberhauswahl 2004 waren 14 der (damals noch) 27 Mandate aus Einpersonwahlkreisen an die LDP gegangen, bei der Oberhauswahl 2001 gar 25 von 27 (vgl. Nihon keizai shinbun, 30.7.2007: 2).

³ Die meisten Anhänger der NKT sind Mitglieder der neobuddhistischen Laienorganisation Sōka gakkai. Bei der Oberhauswahl 2007 gingen 7,8 Millionen Stimmen im nationalen Verhältniswahlkreis an die Partei.

einer epischen Schlacht zwischen Reformbefürwortern und -gegnern hochstilisiert. Wichtiger noch für den Wahlausgang als die inhaltliche Frage der Postprivatisierung war indes, dass es der LDP gelang, während der kurzen offiziellen Wahlkampfzeit die Aufmerksamkeit von Medien und Öffentlichkeit auf die Entsendung attraktiver Kandidaten der Regierungspartei in solche lokalen Wahlkreise zu lenken, in denen diese Kandidaten gegen ehemalige LDP-Abgeordnete antraten, die gegen die Postprivatisierung gestimmt hatten und deswegen aus der Partei ausgeschlossen worden waren. Der Medienrummel um die Entsendung der einzelnen so genannten „Meuchelmörder“-Kandidaten hatte viele normalerweise wenig an Politik interessierte Wahlberechtigte dazu veranlasst, an der Unterhauswahl teilzunehmen und ihre Stimmen für die LDP und deren Kandidaten abzugeben. Das mehrheitsorientierte Mischwahlsystem für das Unterhaus hatte den Wahlsieg der LDP erdrutschartig ausfallen lassen; zusammen mit der Neuen Kōmeitō verfügt die LDP seither über eine Zweidrittelmehrheit in der ersten Kammer des Parlaments.

Gelang es der Opposition im Vorfeld der Unterhauswahl 2005 niemals, aus der Defensive zu finden, sah es vor der Oberhauswahl 2007 genau umgekehrt aus. Eine Reihe von Skandalen sowie verbale Fehltritte führender LDP-Abgeordneter sorgte dafür, dass die Regierung in den Monaten vor der Wahl nicht aus den Negativschlagzeilen herauskam. Für Missstimmung in der Bevölkerung sorgten unter anderem Enthüllungen über das dubiose, wenn nicht illegale Finanzgebaren zahlreicher Abgeordneter, die in ihren Berichten zur Finanzierung politischer Aktivitäten Kosten für den Unterhalt von Büros angegeben hatten, die ihnen in Wirklichkeit unentgeltlich vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Den Staatsminister für Verwaltungsreform, Sata, kostete der „Bürokokostenskandal“ bereits Ende 2006 das Amt (Japan aktuell, 1/2007: 88). Landwirtschaftsminister Matsuoka, der auch in einen derartigen Skandal, aber offenbar auch noch in andere zwielichtige Finanztransaktionen verwickelt war, nahm sich Ende Mai das Leben, sein Nachfolger Akagi geriet alsbald ebenfalls wegen dubioser Abrechnungen zum Unterhalt von Büroräumen ins Visier der Medien und der Opposition (Japan aktuell, 4/2007: 93-94).

Als wenig populär erwies sich zudem die Ende 2006 von Abe ermöglichte Rückkehr elf ehema-

liger „Postrebellen“ (siehe oben) in die LDP. Für nicht wenige Japaner symbolisierte die Wiederaufnahme der Parteirebellen ein Zurück zur alten klientelistisch orientierten LDP. Heftige Kritik ertete auch der Minister für Wohlfahrt, Arbeit und Gesundheit, Yanagisawa, der im Januar 2007 Frauen als „Gebärmaschinen“ bezeichnet hatte (Japan aktuell, 1/2007: 90-91, 2/2007: 109, 125-127). Etwa von diesem Zeitpunkt an ging die Unterstützung für die Regierung Abe, die bei Amtseinführung im September 2006 noch bei rund 70 % gelegen hatte, schrittweise zurück; zum Zeitpunkt der Oberhauswahl signalisierten nur noch 30-35 % der Teilnehmer von Umfragen ihre Unterstützung. In der Zwischenzeit hatte auch Verteidigungsminister Kyūma seinen Hut nehmen müssen, nachdem er den Eindruck hatte entstehen lassen, er habe Verständnis für die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am Ende des Zweiten Weltkriegs (Japan aktuell, 4/2007: 92-93). Der dritte Austausch eines Ministers binnen gut eines halben Jahres warf die Frage auf, ob Abe sein Kabinett nicht im Griff oder einfach nur viel Pech in personalpolitischer Hinsicht habe.

Für den größten Skandal sorgte indessen der millionenfache Verlust von Aufzeichnungen zu Rentenbeitragszahlungen. Im Februar 2007 war erstmals öffentlich bekannt geworden, dass das Nationale Sozialversicherungsamt zu 50 Millionen Rentenbeitragszahlungen nicht die Namen der Beitragszahler kennt. In der Folge erhalten zahlreiche Rentner weniger ausgezahlt, als ihnen zusteht. Nach Schätzungen der DPJ sind bis zu eine Million Rentner von diesem Problem betroffen, das bereits vor Jahren durch Übertragungsfehler hervorgerufen wurde. Zahlreiche Enthüllungen zu Schlampereien und Verschwendung im Nationalen Sozialversicherungsamt folgten bis kurz vor der Oberhauswahl. Obgleich sich die Regierung bemühte, die Wogen durch die rasche Verabschiedung von Gesetzen zur Reorganisation der Rentenverwaltung und zur Administration von Rentenansprüchen zu glätten, bestimmte das Thema den Oberhauswahlkampf 2007 (Japan aktuell, 4/2007: 90-92).

Obgleich eine derartige Anhäufung von Skandalen in einer solch kurzen Zeit in der nicht eben skandalarmen japanischen Nachkriegsgeschichte ihresgleichen sucht, wäre es zu kurz gegriffen, dass jüngste Wahldebakel der LDP allein hierauf zurückzuführen. Eine wenn auch vielleicht min-

dergewichtige Rolle hinsichtlich des schlechten Abschneidens der Regierung bei der Wahl dürfte auch die Tatsache gespielt haben, dass die Themen, die von Premier Abe seit Herbst 2006 in den Mittelpunkt seiner Politik gerückt wurden, von den meisten Japanern als zweitrangig erachtet werden. Abe hatte, noch bevor er Premierminister wurde, ein Buch mit dem Titel „Hin zu einem schönen Land“ veröffentlicht, in dem er seine Vorstellungen von einem „schönen Japan“, das auf festen Werten ruht, darlegte. Der Slogan vom „schönen Land“ spielte auch in Abes Regierungsverlautbarungen eine wichtige Rolle und er verband hiermit zentrale politische Anliegen, wie die Überarbeitung der japanischen Verfassung – diese ist seit ihrer Verkündung 1947 unverändert – und die Reform des Erziehungswesens. Letzteres bedarf aus Sicht Abes und seiner Parteigänger eines konservativeren Anstriches, einschließlich einer stärkeren Betonung von Patriotismus und Disziplin, um „Verfallserscheinungen“ in der japanischen Gesellschaft zu begegnen.⁴

Wie indes verschiedene Umfragen gezeigt haben, rangieren die Fragen der Verfassungsrevision und der Reform des Erziehungswesens unter den wichtigsten Anliegen der japanischen Bevölkerung nur unter „ferner liefen“. Als deutlich wichtiger werden wirtschaftliche und soziale Herausforderungen angesehen. Mit anderen Worten zielen die zentralen politischen Anliegen der Regierung Abe an den Kerninteressen (und Einstellungen) des größten Teils der Bevölkerung vorbei. In den Manifesten, welche die politischen Parteien vor der Oberhauswahl 2007 veröffentlichten, spielte das Thema Verfassungsrevision, das Abe ursprünglich zu einer zentralen Frage im Wahlkampf erheben wollte, nur eine untergeordnete Rolle. Auch dem Erziehungswesen kam in Manifesten und im Wahlkampf nur begrenzte Bedeutung zu (Japan Times, 14.7.2007: 3; Nihon keizai shinbun, 29.7.2007: 2). In der öffentlichen Wahrnehmung und in der Fernsehberichterstattung überschattete das Rentendebakel ohnehin alle anderen inhaltlichen Fragen (Asahi shinbun, 22.7.2007: 2).

Schließlich kann auch festgestellt werden, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung Japans in der jüngeren Zeit (gut 2 % Wachstum 2006), die an sich der Regierung in die Hände spielen sollte,

nicht im ganzen Land durchschlägt. In den letzten ein bis zwei Jahren fand eine intensive öffentliche Diskussion über wachsende Disparitäten in Japan statt. Zu den „Verlierern“ der neoliberalen Reformen der vergangenen Jahre gehört zum einen die wachsende Zahl von Arbeitnehmern in Teilzeit- oder zeitlich begrenzten Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zu vergessen sind auch die von staatlicher Wohlfahrt abhängigen Haushalte, von denen es im Herbst 2006 etwa eine Million gab. Zum anderen sind viele periphere Regionen (aber nicht nur solche) von wirtschaftlicher Verödung betroffen. Bei einer Umfrage vor der Wahl äußerten 64 % der befragten ländlichen Wahlberechtigten tiefe Besorgnis über regionale Ungleichgewichte und lokale Gegebenheiten. Der massive Abbau staatlicher Infrastrukturprojekte, wie er von Premier Koizumi betrieben wurde, führte dazu, dass viele ländliche Gebiete auf gewohnte Subventionen und damit verbundene Beschäftigung verzichten müssen. Nicht wenige Bewohner ländlicher Gegenden fühlen sich von der LDP im Stich gelassen. Das erklärt zumindest zum Teil, warum es der DPJ bei der Oberhauswahl 2007 gelingen konnte, zahlreiche Einpersonenwahlkreise in bevölkerungsschwachen Präfekturen zu gewinnen. Zudem hatte die DPJ, die diese Wahlkreise besonders ins Visier genommen und viele Kandidaten mit lokalen Bindungen aufgeboten hatte, in ihrem Wahlprogramm versprochen, bei einem Regierungswechsel bis zu einer Billion Yen (gut 6 Mrd. Euro) für direkte Unterstützungszahlungen an Landwirte auszugeben, falls die Erzeugerpreise ein gewisses Niveau unterschreiten. Mit anderen Worten versuchte die bisher vor allem im städtischen Bereich erfolgreiche DPJ, neue Wählerkreise in ländlichen Gegenden zu erschließen (Nakata 2007; Ozawa 2007; Pilling 2007).

Wie eine große Umfrage der Tageszeitung Asahi shinbun am Wahltag zeigte, gelang es der DPJ bei der Oberhauswahl besonders gut, nicht-parteiliche Wähler für sich zu gewinnen. Hatten noch bei der Unterhauswahl 2005 37 % der unabhängigen Wähler für die DPJ gestimmt (LDP: 33 %), waren es bei der Oberhauswahl 51 % (LDP: 14 %). Auch 25 % der Wähler, die sich selbst als LDP-Unterstützer bezeichneten, gaben bei der Wahl im Juli ihre Stimme für die DPJ ab (Asahi shinbun, 30.7.2007: 2). Die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung von 58,6 % (+2,1 % gegenüber 2004) schadete zudem offenbar eher der Regierungskoalition (Daily Yomiuri Online, 31.7.2007).

⁴ Zur Reform des Erziehungswesens siehe Franz (2007), Japan aktuell, 6/2006: 119-122, 4/2007: 97-100.

Welche genauen Auswirkungen auf das Wahlverhalten von den zahlreichen Skandalen der vergangenen Monate, den am Wähler vorbeigehenden Prioritäten der Regierungspolitik, den Problemen peripherer Regionen und dem Image der Parteiführer ausgingen, werden eingehendere Untersuchungen zeigen müssen. Fraglich ist indes, ob sich die Ergebnisse der Oberhauswahl einfach auf Wahlen für das Unterhaus übertragen lassen (wie dies Simulationen japanischer Tageszeitungen nach der Wahl nahe legten). Oberhauswahlen eignen sich vortrefflich dazu, der Regierung eine deutliche Botschaft zukommen zu lassen, ohne gleich einen Regierungswechsel zu riskieren. Die nächste Unterhauswahl, die spätestens 2009 stattfinden muss, wird zeigen, ob der Rückenwind für die oppositionelle DPJ anhält. In jedem Fall sind nach der Oberhauswahl die Hoffnungen der Demokraten auf einen Regierungswechsel in nicht allzu ferner Zukunft gestiegen.

3. Auswirkungen der Wahl

Während der DPJ-Vorsitzende Ichirō Ozawa seinen Verbleib im Amt an einen Sieg der Opposition bei der Oberhauswahl knüpfte, hielt sich Premier Abe weitaus bedeckter. Allerdings äußerte er während des Wahlkampfes, dass die Wähler die Frage zu beantworten hätten, wen Sie als Regierungschef sehen wollen; ihn oder Ozawa. Nach dem desaströsen Wahlergebnis der LDP war hiervon allerdings nicht mehr die Rede. Abe erklärte, die Regierungspolitik fortsetzen, dabei aber über das Votum der Wähler „reflektieren“ zu wollen. Währenddessen übernahmen LDP-Generalsekretär Hidenao Nagakawa und der Vorsitzende der LDP-Fraktion im Oberhaus, Mikio Aoki, Verantwortung für die Wahlniederlage und erklärten den Rücktritt von ihren Ämtern. Abe stellte eine baldige umfassende Umbildung seines Kabinetts in Aussicht, entließ umgehend den zur Belastung der Regierung gewordenen Landwirtschaftsminister Akagi (siehe oben) und berief das Parlament bereits Ende August zu einer außerordentlichen Sitzungsperiode ein.

Abe folgte mithin nicht der Opposition, einem großen Teil der Bevölkerung oder vereinzelt Stimmen aus der LDP, die den Rücktritt des Premiers forderten. Ermöglicht wurde Abes Verbleiben im Amt dadurch, dass sich der Druck aus den eigenen Reihen, den Hut zu nehmen, in Grenzen

hielt. Viele Parteikollegen erkannten an, dass das Rentendebakel, das seinen Schatten auf die Wahl gelegt hatte, nicht von Abe verursacht worden war (der Umgang mit dem Problem nach dessen Bekanntwerden steht auf einem anderen Blatt). Auch gibt es derzeit in der LDP keine Anwärter auf das Amt des Premiers, bei denen man davon ausgehen könnte, dass sie der LDP schnell neuen Auftrieb verleihen könnten. Dies gilt sowohl für die informelle Nummer 1 unter den möglichen Nachfolgern Abes, Außenminister Tarō Asō, der für eine noch konservativere Ausrichtung der Regierungspolitik steht, als auch für den ehemaligen Finanzminister Sadakazu Tanigaki, der zwar von in- und ausländischen Beobachtern ob seiner politikfeldbezogenen Expertise geschätzt wird, in der eigenen Partei aber über keine große Unterstützerbasis verfügt. So nicht der weiterhin beliebte vormalige Premier Koizumi noch einmal auf den Plan tritt, hält sich die innerparteiliche Konkurrenz für Abe mithin in Grenzen.

Dennoch muss Abe als Premierminister auf Bewährung gelten. Zudem wird das Regieren für ihn nun schwieriger werden. In der Theorie könnte er die Zweidrittelmehrheit der Regierungskoalition im Unterhaus fortlaufend dazu einsetzen, möglichen Widerstand der Oberhausmehrheit gegen Gesetzesvorhaben der Regierung im zweiten Anlauf zu überstimmen. Dies ist jedoch nicht nur zeitaufwändig, sondern wäre auch der an konsensuale Aushandlungsprozesse gewöhnten Bevölkerung auf die Dauer nur schwer zu vermitteln. Zudem erfordert der Einsatz der Zweidrittelmehrheit der Regierung im Unterhaus einen hohen Grad an Fraktionsdisziplin. Inwieweit sich diese aufrecht erhalten lässt, hängt nicht zuletzt von den zur Diskussion stehenden Themen sowie vom allgemeinen Klima zwischen und innerhalb der Regierungsparteien ab. Kontroverse Themen, wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Liberalisierung von Arbeitsbeziehungen und Außenhandel, dürften in nächster Zeit soweit wie möglich gemieden werden.

Die Regierung kann auch nicht mehr frei über die Besetzung von Ämtern in öffentlichen Körperschaften entscheiden. Allein bis Ende des Jahres gehen die Amtszeiten parlamentarisch ernannter Funktionsträger in elf Organisationen zu Ende. Auch über die Posten des Zentralbankpräsidenten und des Rechnungshofvorsitzenden muss bald befunden werden. An der Opposition vorbei können die entsprechenden Personalentscheidungen

nun nicht mehr gefällt werden. Die japanische Wirtschaft, die sich weiterhin positiv entwickelt, dürfte indes von den Handlungsproblemen der Regierung weitgehend unberührt bleiben; wirklich wichtige wirtschaftsbezogene Gesetzentwürfe liegen zurzeit nicht an und über den Staatshaushalt befindet allein das Unterhaus. Die parlamentarische Opposition, allen voran die DPJ, wird versuchen, es der Regierung so schwer wie möglich zu machen, um vorzeitige Wahlen für das politisch bedeutendere Unterhaus zu bewirken. Ein Wahlsieg der Opposition dort wäre allerdings keine Selbstverständlichkeit. Zumindest erleichtert jedoch das mehrheitsorientierte Mischwahlssystem für das Unterhaus Regierungswechsel. Die LDP ist keineswegs dazu bestimmt, Japans ewig dominante Partei zu bleiben (vgl. Köllner 2007). Dies weiß auch die DPJ, für die damit die Anreize, ihre innerparteilichen Konflikte zu überbrücken, wachsen. Solange die Partei zusammenhält, hat sie durchaus gute Chancen, bei einer der nächsten Wahlen die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Sorge bereitet indessen die Gesundheit des Parteiführers Ozawa, der nach der Oberhauswahl wegen „Erschöpfung“ zwei Tage von der Bildfläche verschwand. Immer wieder ist in Bezug auf den 65-jährigen Politiker von Herzproblemen die Rede. Es wird sich zeigen müssen, inwieweit die gesundheitlichen Schwierigkeiten von Ozawa den Erfolg der DPJ beeinträchtigen werden.

Literatur

- Franz, Dorothee (2007): Das revidierte Grundlangengesetz zum Erziehungswesen und Japans Bemühungen um eine Bildungsreform, in: Japan aktuell, 15, 1, S. 52-64.
- Köllner, Patrick (2006), Die Organisation japanischer Parteien. Entstehung, Wandel und Auswirkungen formaler und informeller Institutionen, Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Köllner, Patrick (2007), Land ohne Regierungswechsel? Oder warum in Japan noch immer die LDP dominiert, in: Michael Behrens und Jochen Legewie (Hg.), Japan nach Koizumi – Wandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden, S. 49-59.
- Nakata, Hiroko (2007): Once unthinkable, farmers may vote DPJ, Japan Times, 26.7., S. 3.
- Ozawa, Harumi (2007): Poor not buying rhetoric about economy, Japan Times, 28.7., S. 3.
- Reed, Steven R. (2005): Japan: Haltingly Towards a Two-Party System, in: Michael Gallagher and Paul Mitchell (Hg.), The Politics of Electoral Systems, Oxford, S. 277-293.
- Pilling, David (2007): Japan's rural poor gain chance to unseat premier, Financial Times, 13.7., S. 5.

■ Der Autor

Dr. habil. Patrick Köllner ist amtierender Direktor des GIGA Instituts für Asien-Studien und leitet den GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 (Legimitität und Effizienz politischer Systeme).

E-Mail: koellner@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/koellner>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 beschäftigt sich mit politischen Parteien in außereuropäischen Regionen.

Im Herbst 2007 wird in der Publikationsreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung zur GIGA-KAS-Gemeinschaftstagung „Parteien und ihre Wähler: Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung im internationalen Vergleich“, die im Mai 2007 in Berlin stattfand, ein Tagungsband erscheinen.

■ GIGA/DÜI-Publikationen zum Thema

Köllner, Patrick (2002): Upper House Elections in Japan and the Power of the ‘Organized Vote’, in: Japanese Journal of Political Science, 3, 1, S. 113-137.

Köllner, Patrick (2006), The LDP at 50: Sources of Dominance and Changes in the Koizumi Era, in: Social Science Japan Journal, 9, 2, S. 243-258.

Köllner, Patrick (2007a), Wahlkampf in Japan: Neue Taktiken gelangen ins Blickfeld, GIGA Focus Asien, Nr. 3.

Köllner, Patrick (2007b), Campaigning for the Japanese Lower House: From Mobilising to Chasing Voters?, GIGA Working Paper No. 55, Juli.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM